

Vorhaben: Neue Festhalle Saarwellingen
Wilhelmstraße 7
66793 Saarwellingen

Bauherr: Gemeinde Saarwellingen
Schlossplatz 1
66793 Saarwellingen



Brandschutzkonzept

Entwurfsverfasser:

Bayer & Strobel Architekten
Altes Kesselhaus / Pfaff Areal
Susanne-Ihsen-Straße 2
67655 Kaiserslautern

Int. Projekt-Nr.: 12020033
Datum: 19.09.2025

AKo Brandschutz
Management & Consulting GmbH

Eiweilerstraße 24
66793 Saarwellingen-Reisbach

Tel.: 06838-5153070
Fax: 06838-5153071
E-Mail: info@ako-brandschutz.de

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	IV
Symbolverzeichnis	V
1 Allgemeine Angaben	1
1.1 Anlass / Auftrag	1
1.2 Unterlagen	1
1.3 Literatur	2
1.3.1 Rechts- und Verwaltungsvorschriften und Richtlinien	2
1.4 Normen und technische Regelwerke	2
1.5 Fachbücher / Publikationen	3
2 Risikobewertung	4
2.1 Rechtliche Grundlagen und Schutzziele	4
2.2 Baurechtliche Einordnung	6
3 Brandschutzkonzept / Vorbeugender Brandschutz	7
3.1 Baulicher Brandschutz	8
3.1.1 Grundstück und Nachbarschaft / Zugänglichkeit der baulichen Anlage	8
3.1.2 Bauliche Anlage und Nutzung	9
3.1.3 Konstruktion und bauliche Merkmale	10
3.1.4 Feuerwiderstand von Bauteilen	10
3.1.5 Nutzungseinheiten, Brand- und Rauchabschnitte	23
3.1.6 Erforderliche Abstände aus Gründen des Brandschutzes	23
3.1.7 Erster und zweiter Rettungsweg	24
3.1.8 Rettungswegkennzeichnung	26
3.2 Anlagentechnischer Brandschutz	26
3.2.1 Brandmeldeanlage / Brandfrüherkennung	26
3.2.2 Alarmierungs- und Lautsprecheranlagen	27
3.2.3 Sicherheitsbeleuchtung	27
3.2.4 Blitzschutzanlage	28
3.2.5 Brandbekämpfung	28
3.2.6 Rauchableitung / Rauchfreihaltung	29
3.2.7 Ausführung von Abtrennungen / Abschottungen brennbarer Leitungen	29

3.2.8	Prüfungen Sicherheitstechnischer Anlagen und Einrichtungen	29
3.3	Organisatorischer (betrieblicher) Brandschutz.....	31
3.3.1	Erfordernis einer Brandschutzordnung nach DIN 14096	31
3.3.2	Erstellung eines Feuerwehrplanes	31
3.3.3	Erstellung eines Flucht- und Rettungswegeplanes	32
3.3.4	Bestuhlungspläne.....	32
3.3.5	Kennzeichnung der Rettungswege und Sicherheitseinrichtungen.....	33
3.3.6	Bereitstellung von Kleinlöschgeräten	33
3.4	Abwehrender Brandschutz	34
3.4.1	Löschwasserversorgung und Einrichtung zur Löschwasserentnahme	34
3.4.2	Löschwasserrückhaltung nach AwSV / Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	35
3.4.3	Flächen für die Feuerwehr (Aufstell- und Bewegungsflächen).	35
3.5	Abweichungen gem. § 68 Landesbauordnung für das Saarland (LBO)	36
3.5.1	Verzicht auf Brandfallsteuerung des Aufzuges.....	36
3.5.2	Überschreitung der Abstandfläche gem. § 7 Abs. 3 LBO	36
4	Abschließende Bemerkung.....	38
4.1	Fazit.....	38
5	Erklärung des Verfassers.....	39

Abkürzungsverzeichnis

A	aus nichtbrennbaren Baustoffen
AB	im Wesentlichen aus nichtbrennbaren Baustoffen
Abs.	Absatz
ASR	Arbeitsstättenrichtlinie
B 1	aus schwerentflammenden Baustoffen
BGV	Berufsgenossenschaftliche Verordnung
bzw.	beziehungsweise
d. h.	das heißt
DIN	Deutsche Industrie Norm
DVGW	Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.
EN	Europäische Norm
erf.	erforderlich
etc.	etcetera
F 30	feuerhemmend
F 90	feuerbeständig
gem.	gemäß
MLAR	Muster-Leitungsanlagenrichtlinie
LBO	Landesbauordnung für das Saarland
min	Minute
mind.	mindestens
OT	Ortstermin
Pkt.	Punkt
RS	Rauchschtür
s. o.	siehe oben
techn.	technisch
T 30 / 90	Feuerschtür
TPrüfVO	Technische Prüfverordnung
v. g.	vor genannten
z. B.	zum Beispiel

Symbolverzeichnis

h	Stunde
l	Liter
m	Meter
mm	Millimeter
m ²	Quadratmeter
m ³	Kubikmeter
%	Prozent
§	Paragraph

1 Allgemeine Angaben

1.1 Anlass / Auftrag

Die Gemeinde Saarwellingen beabsichtigt, nach Neu- und Umplanung einer im Jahr 2020 bereits beantragten und mit Bauschein vom 20.11.2023 genehmigten Festhalle, nun den Neubau einer erdgeschossigen Festhalle in der Wilhelmstraße in Saarwellingen. Diese kommt ohne Teilunterkellerung und lediglich mit Funktionsräumen und Nebenräumen im Obergeschoss des Bühnentraktes aus.

Da das Objekt gemäß § 2 Absatz 4, Ziffer 7 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) als Sonderbau einzustufen ist, wurde die AKo Brandschutz Management & Consulting GmbH im Rahmen des neuerlichen Antragsverfahrens durch die Gemeinde Saarwellingen beauftragt, das nachfolgende Brandschutzkonzept zu erstellen.

1.2 Unterlagen

Für die Erarbeitung des Brandschutzkonzeptes wurden dem Unterzeichner vom Architekturbüro folgende Planunterlagen im Dateiformat mit dem Stand vom 18.08.2025 zur Verfügung gestellt:

Plan-Nr.:	Inhalt / Bezeichnung:	
3-AR-GR-00-100-00-A	Grundriss Erdgeschoss	1:100
3-AR-GR-01-101-00-A	Grundriss Obergeschoss	1: 100
3-AR-SN ---- 200 ---- A	Schnitte	1: 100

1.3 Literatur

1.3.1 Rechts- und Verwaltungsvorschriften und Richtlinien

- Landesbauordnung für das Saarland (LBO)
- Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung – VStättVO)¹
- Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (VVTB)²
- Musterleitungsanlagenrichtlinie (MLAR)³
- Gesetz über den Brandschutz, die Technische Hilfe und den Katastrophenschutz im Saarland (SBKG)⁴
- Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr⁵
- Musterlüftungsanlagenrichtlinie (MLüAR)⁶
- Wasserhaushaltsgesetz (WHG)⁷

1.4 Normen und technische Regelwerke

- DIN 4102 „Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen“
- DIN EN 13501 „Klassifizierung von Bauprodukten und Bauarten zu ihrem Brandverhalten“

¹ Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung - VStättVO) vom 21. Juni 2021, geändert durch das Gesetz vom 16. März 2022 (Amtsbl. I S. 648).

² Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen vom 12. April 2023

³ Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Leitungsanlagen (Muster-Leitungsanlagen-Richtlinie (MLAR), Stand 10.02.2015; zuletzt geändert durch den Beschluss der Fachkommission Bauaufsicht vom 03.09.2020

⁴ Gesetz über den Brandschutz, die Technische Hilfe und den Katastrophenschutz im Saarland; zuletzt geändert am 17. Juni 2015 (Amtsbl. I S. 454)

⁵ Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr, Fassung Februar 2007, zuletzt geändert Oktober 2009

⁶ Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Lüftungsanlagen (Muster-Lüftungsanlagen-Richtlinie M-LüAR), Stand 29.09.2005; zuletzt geändert durch den Beschluss der Fachkommission Bauaufsicht vom 03.09.2020

⁷ Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (WHG), vom 31. Juli 2009 (BGBl. I 2009 S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 253 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I 2020 S. 1408)

- DIN 14090 „Flächen für die Feuerwehr auf Grundstücken“
- DIN 14095 „Feuerwehrpläne für bauliche Anlagen“
- DIN 14096 „Brandschutzordnung“
- DIN 14406-4 „Tragbare Feuerlöscher; Instandhaltung“
- DIN 14675 „Brandmeldeanlagen, Aufbau und Betrieb“
- DIN 18017 „Lüftung von Bädern u. WC-Räumen ohne Außenfenster“
- DVGW-W405 „Techn. Regel Wasserversorgung“⁸
- DIN EN 50172
(VDE 0180-100) „Sicherheitsbeleuchtungsanlagen“
- DIN EN 62305
(VDE 0185-305) „Blitzschutzanlagen“
- DIN EN ISO 7010 „Graphische Symbole - Sicherheitsfarben und Sicherheitszeichen“
- DIN ISO 3864 – 1 „Graphische Symbole – Sicherheitsfarben und Sicherheitszeichen – Teil 1:
Gestaltungsgrundlagen für Sicherheitszeichen und Sicherheitsmarkierungen“
- ASR A2.2 „Maßnahmen gegen Brände“

1.5 Fachbücher / Publikationen

- Mayr / Battran: Brandschutzatlas, (Feuer Trutz, Verlag für Brandschutzpublikationen), Stand März 2025
- Spittank/Dietmann/Kremer: Vorbeugender Brandschutz im Bild
Muster-Versammlungsstättenverordnung (Feuer Trutz, Verlag)

⁸ Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung Arbeitsblatt W405, Ausgabe 02/08

2 Risikobewertung

2.1 Rechtliche Grundlagen und Schutzziele

Nach den allgemeinen Bestimmungen der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) werden an jede Art von baulichen Anlagen, ihrer Gefährdung entsprechend, Anforderungen gestellt. Die grundlegenden Forderungen sind in den §§ 3 und 15 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) beschrieben. Hiernach sind

„...Anlagen / bauliche Anlagen so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass sie

- 1. Die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, insbesondere Leben und Gesundheit, und die natürlichen Lebensgrundlagen, nicht gefährden; dabei sind die Grundanforderungen an Bauwerke gem. Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 305/2011, einschließlich der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen zu berücksichtigen,*
- 2. Keine vermeidbaren oder unzumutbaren Belästigungen verursachen,*
- 3. Ihrem Zweck entsprechend ohne Missstände zu benutzen sind,*
- 4. die besonderen Belange der Familien und der Personen mit Kindern, der Menschen mit Behinderungen und der alten Menschen berücksichtigen.“*

und „... dass der Entstehung eines Brandes und der Ausbreitung von Feuer und Rauch (Brandausbreitung) vorgebeugt wird und bei einem Brand die Rettung von Menschen und Tieren sowie wirksame Löscharbeiten möglich sind. ...“

Um diesen Schutzzielen gerecht zu werden, gibt die Landesbauordnung für das Saarland (LBO) materielle Anforderungen vor, die sich im Allgemeinen auf Wohngebäude und vergleichbare Nutzungen beziehen. Da es sich im vorliegenden Fall nicht um eine Wohn- oder ähnliche Nutzung handelt, bestimmt die Landesbauordnung für das Saarland (LBO) im § 51:

„... An Sonderbauten können im Einzelfall zur Verwirklichung der allgemeinen Anforderungen nach § 3 besondere Anforderungen gestellt werden. Erleichterungen können gestattet werden, soweit es der Einhaltung von Vorschriften wegen der besonderen Art oder Nutzung baulicher Anlagen oder Räume oder wegen besonderer Anforderungen nach Satz 1 nicht bedarf. ...“

Die Anforderungen an den Einzelfall des zu bewertenden Objektes in Bezug auf besondere Anforderungen bzw. Erleichterungen werden im nachfolgenden Brandschutzkonzept erörtert und etwaige Abweichungen mit entsprechenden Ersatz- bzw. Kompensationsmaßnahmen versehen.

2.2 Baurechtliche Einordnung

Nach den Definitionen des § 2 Abs. 3 Pkt. 3 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) ist das geplante Gebäude in die

Gebäudeklasse (GK) 3

einzustufen, da die Fußböden des letzten Geschosses, in dem Aufenthaltsräume möglich sind, im Mittel nicht mehr als 7,00 m über der Geländeoberfläche liegen und die Flächen der jeweiligen Nutzungseinheiten größer 400 m² sind.

Das Objekt wird gemäß den Vorgaben des § 2 Abs. 4, Punkt 7 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) als Sonderbau eingestuft. Für bauliche Anlagen dieser besonderen Art und Nutzung sind Verordnungen aufgrund der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) (Sonderbauvorschriften) erlassen. Die Bewertung der baulichen Anlage erfolgt somit als

„geregelter Sonderbau“.

unter Beachtung der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung-VStättVO).

Die Summe der Flächen der Versammlungsräume im Sinne des § 2 Absatz 3 der erdgeschossigen Versammlungsstätte übersteigt die nach der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung – VStättVO) relevanten 1000 m².

Gemäß § 51 Landesbauordnung für das Saarland (LBO) können an Sonderbauten im Einzelfall zur Verwirklichung der allgemeinen Anforderungen nach § 3 besondere Anforderungen gestellt werden. Erleichterungen können auf Grund § 51 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) gestattet werden, soweit es der Einhaltung von Vorschriften wegen der besonderen Art oder Nutzung baulicher Anlagen oder Räume oder wegen besonderer Anforderungen nach Satz 1 nicht bedarf.

3 Brandschutzkonzept / Vorbeugender Brandschutz

Das Brandschutzkonzept eines Gebäudes beinhaltet Maßnahmen aus:

- Vorbeugendem baulichen sowie Anlagentechnischen Brandschutz
- Organisatorischen (betrieblichen) Brandschutz
- Abwehrenden Brandschutz.

Unter Betrachtung der planerischen Vorgaben und der wirtschaftlichen Gesichtspunkte soll durch Einsatz einzelner Komponenten ein ausgewogenes Gesamtkonzept entstehen, dass den bauordnungsrechtlichen Schutzziele gerecht wird.

Um zwischen den Sicherheitsanforderungen zur Umsetzung der bauordnungsrechtlichen Schutzziele einerseits und der beabsichtigten Nutzung andererseits einen Ausgleich zu finden, werden im Zuge des Konzeptes ggf. erforderliche Ausnahmen und Erleichterungen von den materiellen Anforderungen der baurechtlichen Forderungen, durch risikogerechte Ersatzmaßnahmen, kompensiert.

3.1 Baulicher Brandschutz

3.1.1 Grundstück und Nachbarschaft / Zugänglichkeit der baulichen Anlage

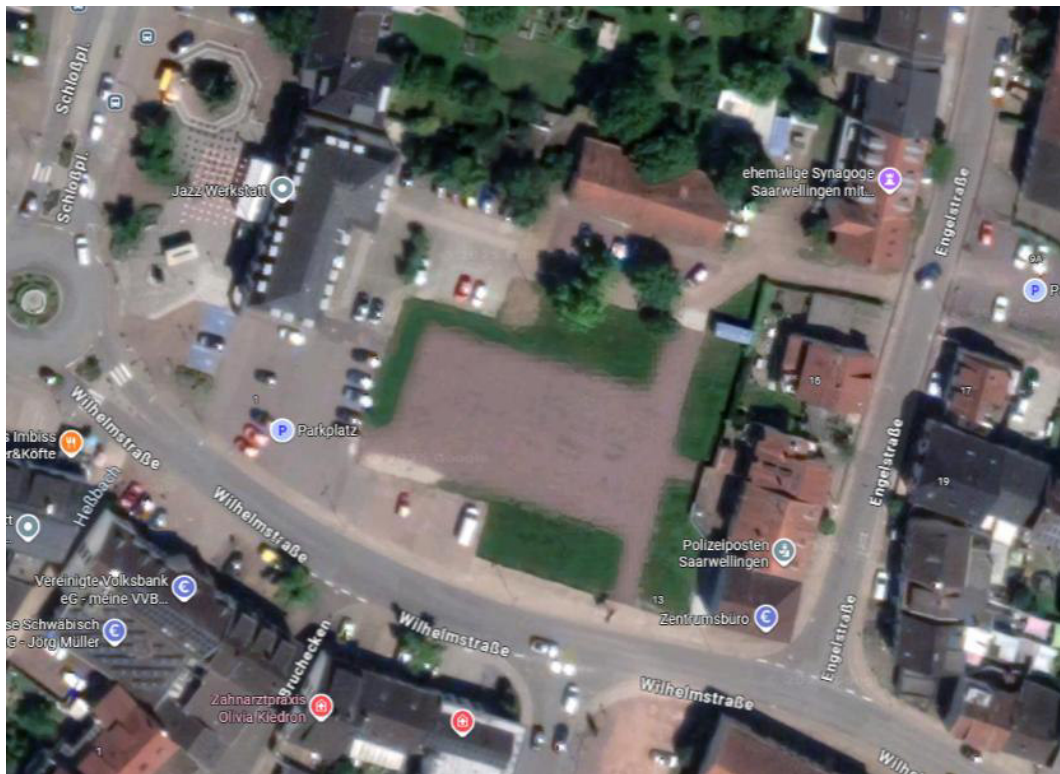


Abbildung 1: Luftbild des baureifen Grundstückes im Zentrum von Saarwellingen (Quelle: google maps)

Das Baugrundstück befindet sich in zentraler Ortslage von Saarwellingen und wird über die Wilhelm sowie die Engelstraße erschlossen.

Die Bewegungs- und Bereitstellungsflächen für die Rettungsdienste sind im öffentlichen Verkehrsraum sowie auf dem Grundstück ausreichend vorhanden. Zu- und Durchfahrten für die Feuerwehr werden in Pkt. 3.4.3 genauer erläutert.

3.1.2 Bauliche Anlage und Nutzung

Die geplante Festhalle soll in der Wilhelmstraße 7 in 66793 Saarwellingen als erdgeschossiges Gebäude errichtet werden. Sie verfügt über Umkleide- und Nebenräume im Obergeschoss des Bühnenbereiches, welcher aber vom Erdgeschoss getrennt ist und über eigenen Rettungswege verfügt. Sie kann entsprechend des § 2 Absatz 6 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung-VStättVO) als Mehrzweckhalle mit Bühne betrachtet werden. Die Bühnenfläche beträgt 102 m² und kann temporär mittels mobilen Erweiterungsmodulen auf 126m² erweitert werden. Die Bewertung im nachfolgenden Brandschutzkonzept erfolgt somit als erdgeschossige Versammlungsstätte mit Bühnenhaus hinter der Bühnenöffnung und einer Bühne die keine Großbühne nach §2 Abs. 2 Pkt. 5 darstellt. Neben dem Veranstaltungs- bzw. Mehrzwecksaal mit Bühne ist ein Konferenzbereich mit Küche und Nebenräumen geplant. Das Gebäude hat max. Abmessungen von ca. 70,50 m x 27,70m und verfügt im Erdgeschoss über eine Bruttogeschossfläche (BGF) von ca. 1.500 m²

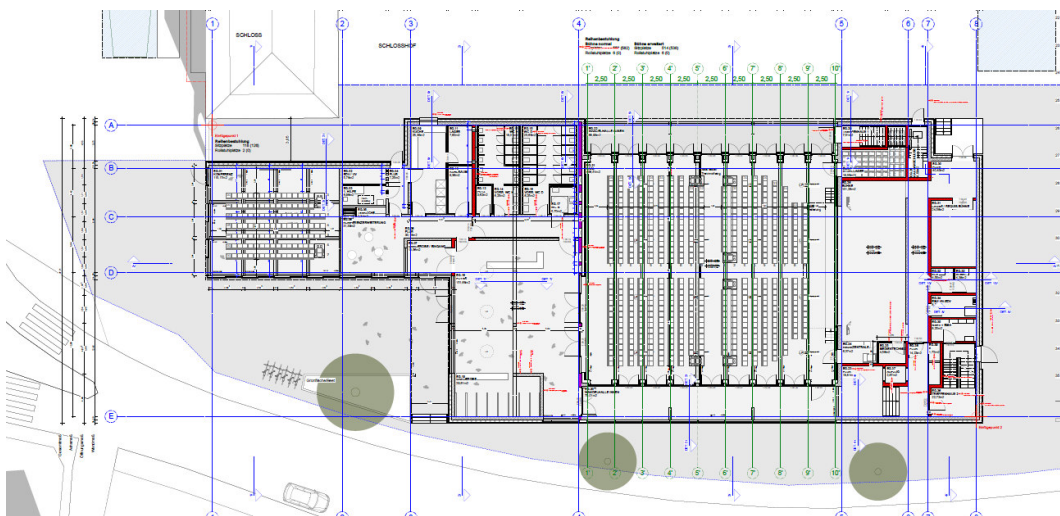


Abbildung 2: Grundriss der Festhalle; links der Konferenzbereich mit Übergang durch das Foyer zum Festsaal mit Bühnenbereich rechts

3.1.3 Konstruktion und bauliche Merkmale

Die Gebäudekonstruktion erfolgt in Stahlbetonbauweise mit einer Stahlbetondecke oberhalb des Konferenzbereichs und einem weitgespannten Stahlbinderdach im Bereich der Festhalle. Konferenz- und Hallenbereich erhalten aus städtebaulichen Gründen zusätzlich eine Mansarde in der teilweise auch die technische Gebäudeausstattung, wie z. B. Lüftungsgeräte, untergebracht sind. Die beiden vorbeschriebenen Mansardenbereiche werden im Bereich des Foyers durch ein begrüntes Flachdach miteinander verbunden.

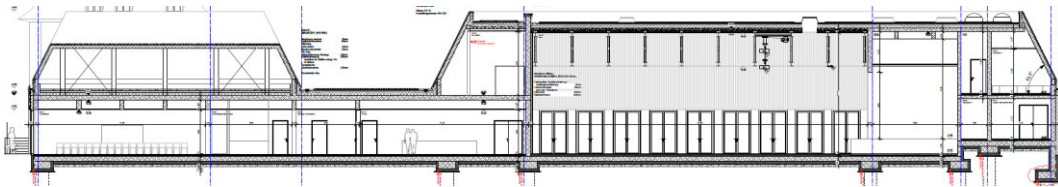


Abbildung 3: Längsschnitt durch das Gebäude

3.1.4 Feuerwiderstand von Bauteilen

3.1.4.1 Brandschutztechnische Anforderungen tragender und aussteifende Wände und Stützen

Tragende Wände, Pfeiler und Stützen müssen, entsprechend § 28 Abs. 1 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO), im Brandfall ausreichend lang standsicher sein und feuerhemmende Anforderungen erfüllen. Konkretisierende Anforderungen werden in der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung-VStättVO) im § 3 Abs. 1 beschrieben, wo ebenfalls eine feuerhemmende Ausführung (F 30) für tragende und aussteifende Bauteile verlangt werden.

3.1.4.2 Brandschutztechnische Anforderungen an Trennwände

Gemäß § 29 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) müssen Trennwände als raumabschließende Bauteile von Räumen oder Nutzungseinheiten innerhalb von Geschossen ausreichend lang widerstandsfähig gegen die Brandausbreitung sein. Trennwände sind zwischen Nutzungseinheiten sowie zwischen Nutzungseinheiten und anders genutzten Räumen (ausgenommen notwendigen Fluren) und zum Abschluss von Räumen mit Explosions- und erhöhter Brandgefahr erforderlich. Trennwände sind bis zur Rohdecke, im Dach bis unter die Dachhaut zu führen. In der zu bewertenden Versammlungsstätte sind kein Räume mit erhöhten Brand- und Explosionsgefahren geplant. Daher sind die Ausführungen der Trennwände in feuerhemmender Bauart gem. den Vorgaben der Landesbauordnung für das Saarland (LBO), für Gebäude der Gebäudeklasse 3, ausreichend.

Nach § 3 Abs. 3 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung - VStättVO) sind Trennwände erforderlich zum Abschluss von Versammlungsräumen und Bühnen. Diese Trennwände müssen in erdgeschossigen Versammlungsstätten ebenfalls feuerhemmend (F30), sein. Türen und Tore in raumabschließenden Innenwänden, die feuerhemmend sein müssen, sowie in inneren Brandwänden müssen entsprechend § 9 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung - VStättVO) mindestens feuerhemmend, rauchdicht und selbstschließend (T30-RS) sein.

Geplante Öffnungen und Durchdringungen im Bereich der Trennwände sind entsprechend den Forderungen der Musterleitungsanlagenrichtlinie (MLAR) zu verschließen bzw. mit bauaufsichtlich zugelassenen Schottungen zu versehen. Auch hierfür sind vom Errichter die jeweiligen Nachweise zu erbringen.

3.1.4.3 Brandschutztechnische Anforderungen an Außenwände

Außenwände und Außenwandteile wie Brüstungen und Schürzen sind, nach § 28 Abs. 3 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO), so auszubilden, dass eine Brandausbreitung auf und in diesen Bauteilen ausreichend lang begrenzt ist. Nicht tragende Außenwände und nicht tragende Teile tragende Außenwände müssen gem. der Landesbauordnung für das Saarland (LBO aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen, was gem. der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung - VStättVO) im § 3 Absatz 2 nur für mehrgeschossige Versammlungsstätten zählt.

3.1.4.4 Brandschutztechnische Anforderungen an Brandwände /Gebäudeabschlusswände

Brandwände müssen als raumabschließende Bauteile zum Abschluss von Gebäuden (Gebäudeabschlusswand) oder zur Unterteilung von Gebäuden in Brandabschnitte (innere Brandwand), welche nicht länger als 40,00m sind, ausreichend lang die Brandausbreitung auf andere Gebäude der Brandabschnitte verhindern. Bei der Ausführung sind die Vorgaben des Pkt. 4 des Anhangs zur Landesbauordnung für das Saarland (LBO) zu befolgen. Dementsprechend sind Brandwände in Gebäuden der Gebäudeklasse 3 in feuerbeständiger Bauart und zusätzlich belastbar gegen mechanische Beanspruchung (F 90 – A + M) auszuführen. Öffnungen in inneren Brandwänden sind gem. der Landesbauordnung mit feuerbeständigen Türen (T 90) zu verschließen, wobei die Versammlungsstättenverordnung hierfür im § 9 Abs. 1 eine Erleichterung vorsieht. Hiernach sind die Türen zum Abschluss von Öffnungen in inneren Brandwänden als feuerhemmende Rauchschutztüren (T30-RS) vorzusehen. Außerdem müssen Brandwände bis zur Bedachung durchgehen. Sie sind 0,30m über die Bedachung zu führen oder in Höhe der Dachhaut mit einer beiderseits

0,50m auskragenden feuerbeständigen Platte aus nicht brennbaren Baustoffen abzuschließen. Darüber dürfen brennbare Teile des Daches nicht hinweg geführt werden. Ferner ist im Bodenaufbau darauf zu achten, dass die Fußbodendämmung in den Öffnungen der Brandwand als nichtbrennbare Dämmung auszuführen ist. Diese Anforderungen gelten für eine Außen / Fassadendämmung sinngemäß. Hier sind im Fassadenaufbau im Bereich der Brandwand sogenannte Brandriegel aus mineralischen Dämmstoffen (A) vorzusehen.

Nach § 30 (8) der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) zulässige Durchdringungen im Bereich der inneren Brandwand, sind entsprechend den Forderungen der Musterleitungsanlagenrichtlinie (MLAR) mit bauaufsichtlich zugelassenen Systemen zu versehen. Hierfür sind vom Errichter die jeweiligen Nachweise zu erbringen.

3.1.4.5 Brandschutztechnische Anforderungen an Decken

Gemäß § 31 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) sind Decken tragende und raumabschließende Bauteile zwischen Geschossen und müssen im Brandfall ausreichend lang standsicher und widerstandsfähig gegen die Brandausbreitung sein. Entsprechend den Forderungen der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) müssen feuerhemmende (F30) Decken, in Gebäuden der GK 3 vorgesehen werden.

Nach § 5 Abs. 3 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung - VStättVO) müssen Unterdecken und Bekleidungen an Decken in Versammlungsräumen aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen. In Versammlungsräumen mit nicht mehr als 1.000 m² Grundfläche genügen Bekleidungen aus mindestens schwerentflammenden Baustoffen oder geschlossene, nicht hinterlüftete Holzbekleidungen. Im Foyer und in den Treppenträumen und Räumen zwischen notwendigen Treppenträumen und

Ausgängen ins Freie sowie in notwendigen Fluren müssen Unterdecken und Bekleidungen aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen. Unterdecken und Bekleidungen, die mindestens schwerentflammbar sein müssen, dürfen nicht brennend abtropfen.

Etwaige Öffnungen und Durchdringungen in Decken sind gemäß der Musterleitungsanlagenrichtlinie (MLAR) zu verschließen bzw. mit bauaufsichtlich zugelassenen Schottungen zu versehen. Hierfür sind vom Errichter die entsprechenden Nachweise zu erbringen.

3.1.4.6 Brandschutztechnische Anforderungen an das Dach

Bedachungen müssen, gemäß § 32 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO), gegen eine Brandbeanspruchung von außen durch Flugfeuer und strahlende Wärme ausreichend lang widerstandsfähig sein (harte Bedachung). Gem. § 4 der Versammlungsstättenverordnung (Versammlungsstättenverordnung-VStättVO) müssen Tragwerke von Dächern, die den oberen Abschluss von Räumen der Versammlungsstätte bilden oder die von diesen Räumen nicht durch feuerbeständige Bauteile getrennt sind, feuerhemmend (F30) sein. Diese Anforderungen gelten nur für Versammlungsstätten ohne selbsttätige Feuerlöschanlagen.

Bedachungen, ausgenommen Dachhaut und Dampfsperre, müssen bei Dächern, die den oberen Abschluss von Räumen der Versammlungsstätte bilden oder die von diesen Räumen nicht durch feuerbeständige Bauteile getrennt sind, aus nichtbrennbaren Baustoffen (A) hergestellt werden. Lichtdurchlässige Bedachungen über Versammlungsräumen müssen aus nichtbrennbaren Baustoffen (A) bestehen. Die Dachdämmung ist entsprechend § 5 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung-VStättVO) ebenfalls nicht brennbar auszuführen.

3.1.4.7 Brandschutztechnische Anforderungen an Treppen und deren Treppenräume sowie an das Foyer

Jedes nicht zu ebener Erde liegende Geschoss und der benutzbare Dachraum eines Gebäudes müssen gemäß § 34 Abs. 1 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) über mindestens eine Treppe zugänglich sein (notwendige Treppe). Sie müssen nach § 8 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung - VStättVO) feuerbeständig sein. Für notwendige Treppen in notwendigen Treppenräumen sowie für Außentreppen genügen nicht brennbare Baustoffe.

Die lichte Breite notwendiger Treppen darf nicht mehr als 2,40 m betragen. Notwendige Treppen und dem allgemeinen Besucherverkehr dienende Treppen müssen auf beiden Seiten feste und griffsichere Handläufe ohne freie Enden haben. Die Handläufe sind über Treppenabsätze fortzuführen. Notwendige Treppen und dem allgemeinen Besucherverkehr dienende Treppen müssen geschlossene Trittstufen haben. Wendeltreppen sind als notwendige Treppen für Besucher unzulässig.

Jede notwendige Treppe muss gemäß § 35 Abs. 1 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) zur Sicherstellung der Rettungswege aus den Geschossen ins Freie in einem eigenen, durchgehenden Treppenraum liegen (notwendiger Treppenraum).

Die Wände notwendiger Treppenräume müssen in Gebäuden der Gebäudeklasse 3 feuerhemmend hergestellt sein. Außerdem muss jeder notwendige Treppenraum nach § 35 Abs. 3 Landesbauordnung für das Saarland (LBO) einen unmittelbaren Ausgang ins Freie haben.

Abschlüsse von Öffnungen in Treppenraumwänden müssen zu Untergeschossen, nicht ausgebauten Dachräumen, Werkstätten, Läden, Lagerräumen und ähnlichen Räumen, zu Nutzungseinheiten, die sich über mehr als ein Geschoss erstrecken, zu sonstigen Räumen und

Nutzungseinheiten mit einer Fläche von mehr als 200 m², ausgenommen Wohnungen, als feuerhemmende Rauchschutztüren (T30-RS) hergestellt werden.

Entsprechend § 35 Abs. 5 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) müssen notwendige Treppenräume belüftet und zur Unterstützung wirksamer Löscharbeiten entraucht werden können. In der zu bewertenden Versammlungsstätte müssen nach § 16 Abs. 4 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung - VStättVO) notwendige Treppenräume Rauchableitungsöffnungen mit einer freien Öffnungsfläche von mindestens 1 m² haben. Die Vorrichtung zum Öffnen muss bei notwendigen Treppenräumen von jedem Geschoss aus leicht bedient werden können. Jede Bedienungsstelle muss mit einem Hinweisschild mit der Bezeichnung „RAUCHABZUG“ und der Bezeichnung des jeweiligen Raumes gekennzeichnet sein. An der Bedienungsvorrichtung muss die Betriebsstellung der Anlage oder Öffnung erkennbar sein. Die Bedienstellen sind in der Gehäusefarbe „Tieforange“ (RAL 2011) herzustellen.

Gemäß § 5 Abs. 7 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung - VStättVO) müssen Bodenbeläge in notwendigen Treppenräumen, Räumen zwischen notwendigen Treppenräumen und Ausgängen ins Freie nichtbrennbar sein.

In Foyers, durch die Rettungswege aus anderen Versammlungsräumen führen, in notwendigen Treppenräumen, Räumen zwischen notwendigen Treppenräumen und Ausgängen ins Freie sowie notwendigen Fluren müssen Unterdecken und Bekleidungen nach § 5 Abs. 4 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung - VStättVO) aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen.

3.1.4.8 Brandschutztechnische Anforderungen an notwendige Flure

Auf Grund der Nutzung als Versammlungsstätte mit Brandmeldeanlage gem. DIN 14675 (BMA) und unter Betrachtung des § 33 Abs. 1 der LBO 2025, in Verbindung mit den direkten Ausgängen ins Freie, bzw. in den anderen Brandabschnitt sind notwendige Flure nicht erforderlich.

3.1.4.9 Aufzugsanlagen und Angaben zu Evakuierungsschaltungen und zu Feuerwehraufzügen

Im Bereich der Umkleiden und WC-Anlagen hinter der Bühne ist ein Personen / Lastenaufzug vorgesehen. Dieser Aufzug wird in einem eigenen Fahrschacht, welcher in Stahlbetonbauweise errichtet wird, untergebracht. Die Feuerwiderstandsdauer der Schachtwände ist gem. §39 Abs. 2 Pkt. 3 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) 30 Minuten betragen. Die brandschutztechnische Zuordnung des Schachtes gilt dem Erdgeschoss und deshalb ist im Obergeschoss der Schacht zum Flur hin, mit einer feuerhemmenden Rauchschutztür (T30-RS) abzuschotten.

Der Schacht muss entsprechend Absatz 4 des v. g. Paragraphen an der obersten Stelle über eine Öffnung zur Rauchableitung von 2,5 % der Schachtgrundfläche, aber mindesten von 0,10m², verfügen.

Der Aufzug kann ohne Brandfallsteuerung ausgeführt werden, da dieser lediglich zum barrierefreien Zugang der Umkleiden und des Behinderten WC's bzw. zum Lastentransport, durch das Personal genutzt wird und für Besucher unzugänglich ist.

Vor den Aufzugstüren ist eine Kennzeichnung „Aufzug im Brandfall nicht benutzen“ anzubringen.

3.1.4.10 Übersicht Feuerwiderstandsfähigkeit der Bauteile und Angaben zum Brandverhalten der Baustoffe

Regelung	Baustoffe bzw. Bauteile	geforderte Baustoff-Anforderungen
§ 3 Abs. 1 VStättVO	Tragende und aussteifende Bauteile	F30 (REI 30 bzw. R30)
§ 4 Abs. 1 VStättVO	Tragwerk von Dächern	F30-B (REI 30 bzw. R30)
§ 3 Abs. 2 VStättVO	Außenwände mehrgeschossiger Versammlungsstätten	A1
§ 3 Abs. 3 VStättVO	Trennwände zum Abschluss von Versammlungsräumen	F30 (EI 30)
§ 29 LBO § 9 Abs. 1 VStättVO	Feuerschutzabschlüsse in Öffnungen der Trennwände	T30 (EI ₂ 30-S _a C5) T30-RS (EI ₂ 30-S ₂₀₀ C5)
§ 30 LBO	Brandwände	F90-A+M (REIM 90)
§ 30 LBO § 9 Abs. 1 VStättVO	Abschlüsse von Öffnungen in Brandwänden (gemäß § 30 Abs. 11 LBO)	T 90 (EI ₂ 60-S _a C5) T30-RS (EI ₂ 30-S ₂₀₀ C5)
§ 3 Abs. 1 VStättVO	Decken	F30 (REI 30)

§ 8 Abs. 2 VStättVO	Notwendige Treppen in notwendigen Treppenträumen	A (A1 bzw. A2)
§ 35 LBO	Wände notwendiger Treppenträume	feuerhemmend (F30) (REI 30)
§ 35 LBO	Oberer Abschluss	F30 (EI 30)
§ 35 LBO § 5 Abs. 4 VStättVO	Bekleidungen, Putze, Dämmstoffe, Unterdecken und Einbauten	A (A1 bzw. A2)
§ 5 Abs. 7 VStättVO	Bodenbeläge in notwendigen Treppenträumen	A (A1 bzw. A2)
§ 35 LBO	Abschlüsse von Öffnungen in Treppenraumwänden zu Untergeschossen, nicht ausgebauten Dachräume, Werkstätten, Läden, Lagerräumen und ähnlichen Räumen, zu Nutzungseinheiten, die sich über mehr als ein Geschoss erstrecken, zu sonstigen Räumen und Nutzungseinheiten mit einer Fläche von mehr als 200,00m ² (ausgenommen Wohnungen)	T30-RS (EI230-S200C5)

3.1.4.11 Brandschutztechnische Anforderungen an Installationsschächte

Das Gebäude ist erdgeschossig und die Installationen benötigen keine Schächte. Die haustechnischen Installationen werden maximal durch feuerhemmenden Decken geführt, bzw. im Fußbodenaufbau und /oder in den Wänden geführt. Eine Bewertung von Installationsschächten ist somit hinfällig. Eine Schottung erfolgt generell horizontal im Deckenbereich.

3.1.4.12 Brandschutztechnische Anforderungen an Lüftungsanlagen

Für das Vorhaben sind im Rahmen einer gesonderten Haustechnikplanung Lüftungsanlagen für den Konferenzbereich und den Saal vorgesehen. Die Aufstellung der Lüftungsgeräte erfolgt auf den Dachflächen oberhalb der zu versorgenden Bereiche. Die Lüftungsanlagen müssen entsprechend den Forderungen des § 40 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) ausgeführt werden. Eine Überbrückung des Brandabschnitts bzw. der Brandwand erfolgt über nichtbrennbare Lüftungskanäle und wird durch bauaufsichtlich zugelassene Absperrvorrichtungen (Brandschutzklappen) abgeschottet. Die Ausführung der Lüftungsanlagen sind entsprechend der Musterlüftungsanlagenrichtlinie (MLüAR) sicher zu stellen.

3.1.4.13 Brandschutztechnische Anforderungen an Feuerschutzabschlüsse und Rauchschutztüren

Die Abschlüsse der Öffnungen in den Treppenraumwänden und Trennwänden nach § 29 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) sowie die Türen in der Brandwand nach § 30 LBO werden mit feuerhemmenden Rauchschutztüren (T30-RS) verschlossen (siehe hierzu Eintragungen in den Brandschutzplänen).

Der Verwendbarkeitsnachweis ist vom Errichter bzw. der Einbaufirma dem Bauherrn zu übergeben ferner ist der ordnungsgemäße Einbau der Türen zu bestätigen und entsprechend zu dokumentieren

Vorgesehene Offenhaltevorrichtungen müssen eine bauaufsichtliche Zulassung haben.

3.1.4.14 Brandschutztechnische Anforderungen an Öffnungen zur Rauchableitung

Rauchableitung und Verhinderung der Rauchausbreitung ist eines der Hauptschutzziele der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) im § 15. Entsprechend § 16 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung - VStättVO) müssen Versammlungsräume und sonstige Aufenthaltsräume mit mehr als 200 m² Grundfläche, Bühnen sowie notwendige Treppenräume entrauchet werden können.

Für die Entrauchung von Versammlungsräumen und sonstigen Aufenthaltsräumen mit nicht mehr als 1.000 m² Grundfläche genügen gem. § 16 (2) Rauchableitungsöffnungen mit einer freien Öffnungsfläche von insgesamt 1 Prozent der Grundfläche. Für den Bühnenbereich müssen gem. Ziffer 4 des gleichen Absatzes 5 % Rauchableitflächen nachgewiesen werden.

Die Vorrichtungen zum Öffnen oder Einschalten der angerechneten Fenster und der Rauch- und Wärmeabzugsanlagen müssen von einer jederzeit zugänglichen Stelle im Raum leicht bedient werden können. Jede Bedienungsstelle muss in der Farbe Tieforange (RAL 2011) mit einem Hinweisschild mit der Bezeichnung „RAUCHABZUG“ gekennzeichnet sein. An der Bedienungsvorrichtung muss die Betriebsstellung der Anlage oder Öffnung erkennbar sein.

Die Entrauchung des Saals sowie der Bühne erfolgt über im Dach angeordnete Rauch- und Wärmeabzugsgeräte (NRA) welche jeweils über eine Fläche von mehr als 1%, bzw. 5% der Grundflächen verfügen müssen.

Für den Saal (1%) incl. der Wandelhalle und angrenzende Flure ergäben sich gem. den Flächen aus dem Grundrissplan:

$456,51 + 70,01 + 18,81 + 14,23 = 559,56 \text{ m}^2$ was einer Rauch- und Wärmeabzugsfläche von insgesamt **5,60 m²** entspricht.

Für die Bühne: 5%

$101,28 + 6,37 + 4,56 + 40,40 = 152,61 \text{ m}^2$ was einer Rauch- und Wärmeabzugsfläche von insgesamt **7,63 m²** entspricht.

Das Foyer (181,29 m²), der Konferenzbereich (192,27 m²) und die übrigen Räume benötigen keine gesonderten Entrauchung über Rauch- und Wärmeabzugsanlagen, da die Flächen der einzelnen Raumgruppen unter 200 m² liegen. Diese werden über Fenster und Türen, welche nach § 45 Absatz 2 der Landesbauordnung erforderlich sind, entraucht.

Die beiden notwendigen Treppenträume müssen zur Unterstützung wirksamer Löscharbeiten entraucht werden können. Hierfür sind jeweils mit einer freien Öffnungsfläche von mindestens 1 m² vorzusehen. Die Vorrichtung zum Öffnen der Rauchableitungsöffnungen muss in den Treppenträumen von jedem Geschoss aus leicht bedient werden können. Jede Bedienungsstelle muss mit einem Hinweisschild mit der Bezeichnung „RAUCHABZUG“ und der Bezeichnung des jeweiligen Raumes gekennzeichnet sein. An der Bedienungsvorrichtung muss die Betriebsstellung der Anlage oder Öffnung erkennbar sein. Die Bedienstellen sind in der Gehäusefarbe „Tieferorange“ (RAL 2011) herzustellen.

3.1.5 Nutzungseinheiten, Brand- und Rauchabschnitte

Die gesamte Versammlungsstätte wird als eine Nutzungseinheit betrachtet, wobei der Konferenzbereich mit Küche und Lagerräumen mittels einer Trennwand gem. § 29 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) vom Foyer mit den Toiletten abgetrennt wird, um hier eine separierte Nutzung zu ermöglichen.

Aufgrund der Abmessungen des Gebäudes mit einer Breite von ca. 70 Metern wird in Achse 4 eine Brandabschnittstrennung, durch eine innere Brandwand gem. § 30 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) vorgesehen.

3.1.6 Erforderliche Abstände aus Gründen des Brandschutzes

Die Anordnung des Gebäudes auf dem Grundstück erfolgt unter Berücksichtigung der Forderungen des § 7 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO), wobei das Gebäude im Bereich der Achsen A-B / 1-2 (Erdgeschoss) zum Bestandsgebäude des Rathauses lediglich einen Abstand von ca. 3,85 m aufweist, was nicht den Forderungen der Bauordnung von 5 m für Gebäude auf dem gleichen Grundstück entspricht. Die Wand (Achse B) wird ohne Öffnungen in Stahlbeton ausgeführt. Die Dachfläche in diesem Bereich wird von innen nach außen in feuerhemmend (F30) Konstruktion hergestellt, sodass die Schutzziele der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) ausreichend gewürdigt sind.

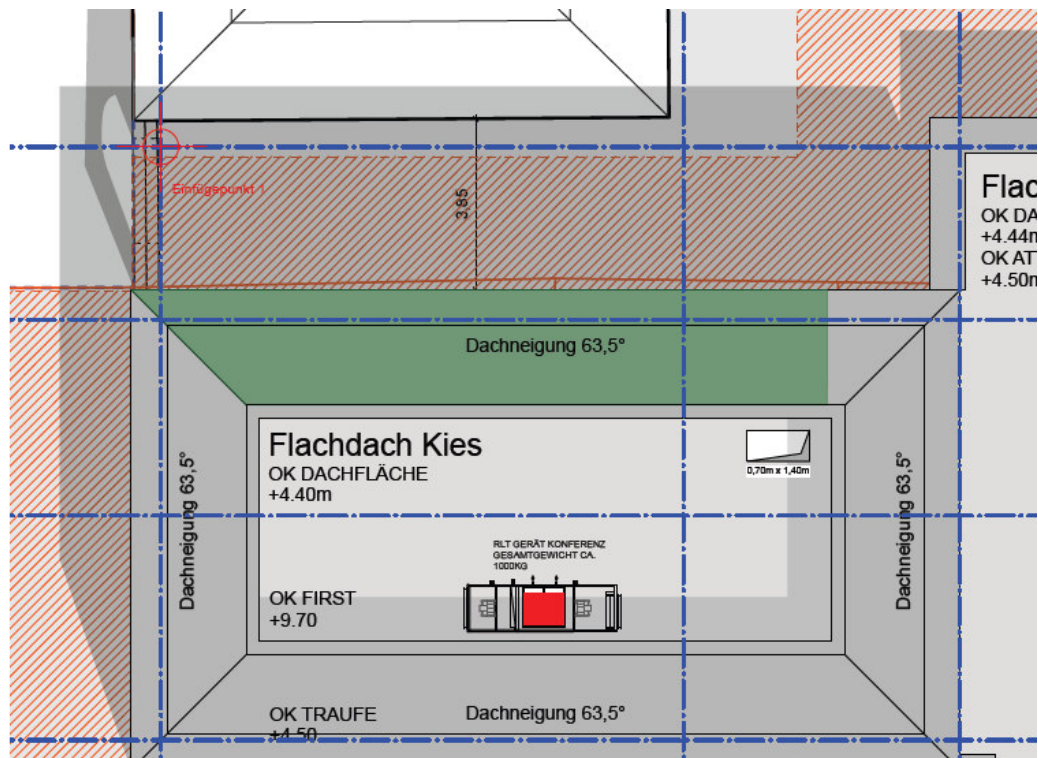


Abbildung 4: Ausschnitt aus Detailplanung Dachaufsicht; in Grün die feuerhemmend auszuführende Dachfläche zum Bestandsgebäude Rathaus

3.1.7 Erster und zweiter Rettungsweg

Zur Bewertung von Rettungswegen sind die Vorgaben des § 33 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) zu beachten. Diese Forderungen stellen Mindestanforderungen an Rettungswege dar. Die Rettungswegelängen sind gem. § 35 Abs. 2 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) mit max. 35,00 m Lauflänge festgesetzt. Weitere Anforderungen an die Rettungswege werden in den §§ 6 und 7 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung-VStättVO) spezifiziert. Hierbei werden im § 7 die vorgenannten 35,00 m Lauflänge eines Rettungsweges aus einem Versammlungsraum auf 30,00 m begrenzt. Die Breite der

Rettungswege ist nach der größtmöglichen Personenzahl zu bemessen. Die lichte Breite eines jeden Teils von Rettungswegen muss mindestens 1,20 m betragen.

Die dem Unterzeichner zur Bewertung der Rettungswege vorgelegten Bestuhlungspläne sehen bei einer Reihenbestuhlung für den Saal eine maximale Anzahl von 582 Besucherinnen und Besucher vor. Die nach § 1 Absatz 2 definierten Personenanzahl auf Grundlage der Fläche des Versammlungsraums, würde sich im zu bewertenden Fall auf (466 m² x 2 Pers.) auf 932 Personen beschränken.

Die Addition der Ausgangsbreiten unter Berücksichtigung der Vorgaben des § 7 Absatz 4 beläuft sich für den Versammlungsraum im Erdgeschoss auf (4 x 2,0m + 1x 1,20m) 9,20 m und würde somit einer Personenzahl von 1.400 entsprechen was gegenüber den maximal möglichen Personen ausreichend ist. Die Lauflängen werden ebenfalls nicht überschritten (siehe hierzu die Eintragung in den BS-Plänen).

Die Räume (Raumgruppe < 200m²) im Obergeschoss der Bühne verfügen über eine unmittelbare Anbindung an zwei Treppenträume über den vorgelagerten Flur und sind somit ausreichend vorhanden.

Innerhalb der Technikräume der Mansardenbereiche sind die Rettungswege ebenfalls ausreichend vorhanden und werden zum einen in den benachbarten Brandabschnitt aus dem Aufstellraum des Lüftungsgerätes und zum anderen aus den Zugangsbereichen in der Mansarde in die Treppenträume sichergestellt.

Die Lage und Führung der Rettungswege sind in den Brandschutzplänen dargestellt und entsprechen den Anforderung der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) und der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung-VStättVO).

3.1.8 Rettungswegkennzeichnung

Die Fluchtwegkennzeichnungen oberhalb der Notausgänge sowie im Bereich der Treppenträume müssen als hinterleuchtete Fluchtwegepiktogramme gem. DIN ISO 7010 ausgeführt sein und über eine Sicherheitsstromversorgung verfügen, damit bei Ausfall der allgemeinen Stromversorgung eine Ausleuchtung im Bereich der Notausgangstüren mit einer Beleuchtungsstärke von mind. 1 Lux für einen Zeitraum von mind. einer Stunde gewährleistet ist.

3.2 Anlagentechnischer Brandschutz

3.2.1 Brandmeldeanlage / Brandfrüherkennung

Gemäß den Forderungen des § 20 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung-VStättVO) werden für Versammlungsstätten mit Versammlungsräumen von insgesamt mehr als 1000 m² Grundfläche Brandmeldeanlage (BMA) mit automatischen und nicht automatischen Brandmelder verlangt. Nach den Begriffsbestimmungen des § 2 der Versammlungsstättenverordnung gehören zu den Versammlungsräumen alle Räume für Veranstaltungen oder für den Verzehr von Speisen und Getränken. Hierzu gehören auch Aulen und Foyers, Vortrags- und Hörsäle sowie Studios. Im hier zu bewertenden Fall liegen die Flächen oberhalb dieses Grenzwertes. Die Versammlungsstätte muss mit einer Brandmeldeanlage (BMA) gemäß den Forderungen der DIN 14675 ausgestattet werden. Die Anlage muss über automatische wie auch nicht automatische Brandmelder verfügen. Die Handdruckmelder der Brandmeldeanlage (BMA) werden im Bereich der Notausgänge installiert und sind in den Brandschutzplänen, an ihren prädestinierten Standorten, dargestellt.

Für die Brandmeldeanlage ergeht, unter Einbeziehung der Feuerwehr und des Nachweiserstellers, eine gesonderte Fachplanung. Hierbei sind auch die Belange sowie die Aufschaltbedingungen der Feuerwehr Saarwellingen zu berücksichtigen.

3.2.2 Alarmierungs- und Lautsprecheranlagen

Versammlungsstätten mit Versammlungsräumen von insgesamt mehr als 1.000 m² Grundfläche müssen Alarmierungs- und Lautsprecheranlagen haben, mit denen im Gefahrenfall Besucherinnen und Besucher, Mitwirkende und Betriebsangehörige alarmiert und Anweisungen erteilt werden können. Für die Sprachalarmierungsanlage (SAA), welche im Raum EG 32 (Technikräume im rückwärtigen Bühnenbereich) untergebracht wird, ergeht, unter Einbeziehung des Nachweiserstellers, eine gesonderte Fachplanung.

3.2.3 Sicherheitsbeleuchtung

Im zu bewertenden Objekt muss entsprechend des § 15 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung-VStättVO) eine Sicherheitsbeleuchtung vorgesehen werden. Diese muss so beschaffen sein, dass Arbeitsvorgänge auf Bühnen und Szenenflächen sicher abgeschlossen werden können und sich Besucherinnen und Besucher, Mitwirkende und Betriebsangehörige auch bei vollständigem Versagen der allgemeinen Beleuchtung bis zum öffentlichen Verkehrsflächen hin gut zurechtfinden können. Ferner müssen die Fluchtwegkennzeichnungen oberhalb der Notausgänge sowie im Bereich der Treppenträume über eine Sicherheitsstromversorgung verfügen, damit bei Ausfall der allgemeinen Stromversorgung eine Ausleuchtung im Bereich der Notausgangstüren mit einer

Beleuchtungsstärke von mind. 1 Lux für einen Zeitraum von mind. einer Stunde gewährleistet ist. Die Sicherheitsstromversorgung der Beleuchtung wird über eine zentrale Batterieanlage gewährleistet.

Eine Sicherheitsstromversorgung ist neben den v. g. Anlagen auch für die Rauch- und Wärmeabzugsanlagen, die Brandmeldeanlage sowie für Alarmierungsanlagen vorzusehen. Im Allgemeinen verfügen diese Anlagen über eigene Ersatzstromversorgungen welche im Rahmen der Fachplanung zu berücksichtigen und im Rahmen der Sachverständigenabnahmen zu belegen sind.

3.2.4 Blitzschutzanlage

Um den Schutzzielen des §3 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) und den Forderungen des § 14 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung-VStättVO) nachzukommen, muss die Versammlungsstätte mit einer Blitzschutzanlage versehen werden. Entsprechend § 14 (4) der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung-VStättVO) müssen Versammlungsstätten über äußeren und inneren Blitzschutz verfügen. Die Ausführungen müssen den Vorgaben der DIN EN 62305 bzw. VDE 0185-305 (2006) entsprechen.

3.2.5 Brandbekämpfung

Die nach § 19 (2) der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung-VStättVO) erforderlichen Wandhydranten können nach Rücksprache mit der Feuerwehr entfallen, da der große Saal von außen ebenerdig erreichbar und mit entsprechenden Angriffsmöglichkeiten für die Feuerwehr

ausgestattet ist. Stattdessen sollen (von der Feuerwehr vorgeschlagen) Überflurhydranten in den Zugangsbereichen der Versammlungsstätte vorgehalten werden. Diese bieten die gleiche Sicherstellung der Löschmaßnahmen und sind für die Einsatzkräfte, auf Grund ihrer Lage im Freien, auch sicherer zu benutzen.

3.2.6 Rauchableitung / Rauchfreihaltung

Die nach § 16 (2) der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung-VStättVO) erforderlichen Maßnahmen zur Rauchableitung sind bereits im Punkt 3.1.4.12 dieses Konzeptes beschrieben.

3.2.7 Ausführung von Abtrennungen / Abschottungen brennbarer Leitungen

Alle Durchdringungen und Durchführungen in Brand- und Trennwänden sowie den raumabschließenden Decken sind entweder entsprechend den Forderungen der Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Leitungsanlagen (MLAR) zu verschließen oder mit bauaufsichtlich zugelassenen Schottungen zu versehen. Hierfür sind vom Errichter die entsprechenden Nachweise zu erbringen.

3.2.8 Prüfungen Sicherheitstechnischer Anlagen und Einrichtungen

Die für den Brandschutz relevanten betrieblichen Einrichtungen sind regelmäßig zu warten und zu überprüfen. Die Ergebnisse der Überprüfung sind mindestens bis zur nächsten erforderlichen Überprüfung kontrollierbar aufzubewahren. Überprüfungen müssen je nach Einrichtung auf der Grundlage der dafür geltenden Rechtsvorschriften / Technischen

Regelwerke durch dafür zugelassene und anerkannte Sachverständige bzw. Sachkundige durchgeführt werden.

Gemäß § 1 **Punkt 2** der Verordnung über Prüfungen von technischen Anlagen und Einrichtungen (Technische Prüfverordnung – TPrüfVO), für das Saarland, sind nach § 2 derselben Verordnung in der zu bewertenden baulichen Anlage folgende Einrichtungen durch anerkannte Sachverständige zu überprüfen:

- a) Lüftungsanlagen, ausgenommen solche, die einzelnen Räume im selben Geschoss unmittelbar ins Freie Be- oder Entlüften,
- b) Rauch- und Wärmeabzugsanlagen sowie maschinelle Anlagen zur Rauchfreihaltung von Rettungswegen,
- c) Brandmelde- und Alarmierungsanlagen,
- d) Sicherheitsstromversorgung

Die Prüfungen sind vor der ersten Inbetriebnahme der baulichen Anlage, unverzüglich nach einer wesentlichen Änderung der technischen Anlagen oder Einrichtungen sowie innerhalb von einer Frist von drei Jahren (wiederkehrende Prüfungen) durchzuführen.

Weiterhin sind für den Brandschutz relevante Einrichtungen, wie Brand- und Rauchschutztüren mit ihren evtl. vorhandenen Feststellanlagen, Absperrvorrichtungen in Lüftungsanlagen (Brandschutzklappen), Feuerlöscher sowie die RWA-Anlagen ständig in Stand zu halten und periodischen Wartungen und Inspektionen zu unterziehen.

Die Prüfintervalle der einzelnen Einrichtungen sind ihren Zulassungen bzw. den Prüfzeugnissen und Wartungsanleitungen der Hersteller zu entnehmen.

Da durch unterlassene Wartung und Prüfungen bauaufsichtliche Zulassungen erlöschen sowie der Versicherungsschutz der baulichen Anlage beeinträchtigt werden kann, wird vorgeschlagen, mit autorisierten

Fachabteilungen / Fachfirmen oder Prüfinstituten Prüf- und Wartungsverträge abzuschließen.

Die Prüfungen sind vor der ersten Inbetriebnahme der baulichen Anlage, unverzüglich nach einer wesentlichen Änderung der technischen Anlagen oder Einrichtungen sowie innerhalb von einer Frist von drei Jahren (wiederkehrende Prüfungen) durchzuführen.

3.3 Organisatorischer (betrieblicher) Brandschutz

3.3.1 Erfordernis einer Brandschutzordnung nach DIN 14096

Der § 42 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung - VStättVO) besagt, dass der Betreiber im Einvernehmen mit der für den Brandschutz zuständigen Dienststelle eine Brandschutzordnung gem. DIN 14096 und gegebenenfalls ein Räumungskonzept aufzustellen hat. Darin sind die Erforderlichkeit und die Aufgaben einer oder eines Brandschutzbeauftragten und der Kräfte für den Brandschutz sowie die Maßnahmen, die im Gefahrenfall für eine schnelle und geordnete Räumung der gesamten Versammlungsstätte oder einzelner Bereiche unter besonderer Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen erforderlich sind, festzulegen. Das Betriebspersonal ist bei Beginn des Arbeitsverhältnisses und danach mindestens einmal jährlich zu unterweisen.

3.3.2 Erstellung eines Feuerwehrplanes

Für das Objekt muss nach Rücksprache mit der Brandschutzdienststelle bzw. der Feuerwehr Feuerwehrpläne erstellt werden. Die Feuerwehrpläne sind gem. der gültigen Norm DIN 14095 anzufertigen. Ein Feuerwehrplan

dient der Feuerwehr und anderen Hilfsorganisationen zur raschen Orientierung und Beurteilung der jeweiligen Schadenslage. Diesbezüglich ist ein Exemplar im direkten Zugangsbereich der baulichen Anlage (Feuerwehrinformationszentrale (FIZ)) zu deponieren. Feuerwehrpläne sind auf dem aktuellen Stand zu halten sie müssen spätestens alle zwei Jahre durch eine sachkundige Person überprüft und gegebenenfalls fortgeschrieben werden.

3.3.3 Erstellung eines Flucht- und Rettungswegeplanes

Im Rahmen der Forderungen der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung-VStättVO) sowie der Arbeitsstätten-Verordnung sind Flucht- und Rettungspläne gem. den Vorgaben der DIN ISO 23601 anzufertigen und an gut sichtbaren Stellen im Gebäude dauerhaft anzubringen.

3.3.4 Bestuhlungspläne

Entsprechend des § 44 Abs. 5 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung-VStättVO) sind für Versammlungsräume Bestuhlungs- und Rettungswegpläne vorzulegen. Diese sind vor Inbetriebnahme bzw. Nutzung der Versammlungsstätte, mit der Genehmigungsbehörde abzustimmen und durch diese zu genehmigen. Hierin ist die Anordnung der Sitz- und Stehplätze, einschließlich der Plätze für Rollstuhlbenutzer sowie der Verlauf der Rettungswege darzustellen. In den Bestuhlungsplänen müssen die Anforderungen des § 10 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung-VStättVO) berücksichtigt werden. Gibt es verschiedene Möglichkeiten der Anordnung, muss für jede ein gesonderter Plan vorgelegt werden.

3.3.5 Kennzeichnung der Rettungswege und Sicherheitseinrichtungen

Die Rettungswege sowie die Feuerlöscher sind mit Piktogrammen gem. DIN ISO 7010 zu kennzeichnen, sodass Sie jederzeit erkennbar sind.

3.3.6 Bereitstellung von Kleinlöschgeräten

Die Bewertung der Brandgefährdung bzw. die Ermittlung der Löschmitteleinheiten erfolgt gemäß den Vorgaben der ASR A 2.2. Aufgrund der Nutzung des zu bewertenden Gebäudes, wird nach der v. g. Richtlinie eine „**erhöhte Brandgefährdung**“ angenommen. Hierfür sind zusätzliche Maßnahmen über die Grundausrüstung nach Tabelle 3 der ASR A 2.2 hinaus erforderlich.

Über die Grundausrüstung hinausgehende Maßnahmen sind zum Beispiel:

- Erhöhung der Anzahl der Feuerlöscher an besonders gefährdeten Arbeitsplätzen, um kürzere Eingreifzeiten aufgrund kürzerer Wege sicherzustellen oder einen größeren Löscheffekt durch gleichzeitigen Einsatz mehrerer Feuerlöscher zu erzielen,
- Bereitstellung von zusätzlichen Feuerlöscheinrichtungen, z.B. fahrbare Pulverlöscher, fahrbare Kohlendioxidlöscher, Schaumlöschgeräte oder Wandhydranten. Die Löschmittel müssen für die Brandschutzklassen der vorhandenen Stoffe geeignet sein,
- **die Ausrüstung von Bereichen mit Brandmeldeanlagen.**

Die erforderlichen Löschmitteleinheiten (LE) für die einzelnen Bereiche sind der nachfolgenden Aufstellung zu entnehmen. Eine genaue Verteilung der erforderlichen Löschmitteleinheiten soll in Absprache mit dem Betreiber erfolgen. Die prädestinierten Standorte der Handfeuerlöscher sind den Brandschutzplänen im Anhang zu diesem Brandschutznachweis zu entnehmen. Hierbei wurden Feuerlöscher mit 9 LE / Stück berücksichtigt.

Bei der Auswahl der Feuerlöscher empfiehlt es sich, möglichst auf Wasser- bzw. Schaumlöscher für die Brandklassen A und B zurückzugreifen, da der Einsatz von Pulverlöschern zu hohem Reinigungsaufwand und etwaigen Folgeschäden in elektrischen Geräten führen kann.

Nutzungseinheit:	Größe:	Erf. LE
EG-Konferenz	ca. 240 m ²	15
EG-Foyer	ca. 280 m ²	15
EG-Saal	ca. 340 m ²	18
EG-Bühne	ca. 280 m ²	15
OG-Bühne	ca. 176 m ²	12
OG-Technik	ca. 278 m ²	15
Gesamt		87

Tabelle 1: Übersicht der Löschmitteleinheiten nach ASR A 2.2

Für die Bereitstellung von Feuerlöschern sind die Grundanforderungen des Punktes 5.3 der ASR A2.2 zu beachten.

3.4 Abwehrender Brandschutz

3.4.1 Löschwasserversorgung und Einrichtung zur Löschwasserentnahme

Angaben zur Löschwasserversorgung können dem DVGW – Arbeitsblatt W 405 „Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung“ vom deutschen Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. entnommen werden.

Zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung muss eine Menge von mindestens 96 m³/h (1600 l/min) über zwei Stunden gewährleistet werden.

Es können Löschwasserentnahmestellen (Hydranten, Löschwasserzisternen oder Saugbrunnen) im Umkreis von 300 m herangezogen werden*.

Da im Rahmen der Ausführungsplanung, unter Beteiligung der Feuerwehr noch die Lage und Anordnung der erforderlichen Überflurhydranten abzustimmen ist, sind bis Baubeginn der Nachweis über die ausreichende Sicherstellung der Löschwasserversorgung sowie die Lage der Hydranten zu dokumentieren.

3.4.2 Löschwasserrückhaltung nach AwSV / Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Auf Grund der geplanten Nutzung der baulichen Anlage kann davon ausgegangen werden, dass keine relevanten Mengen (nach den Vorgaben der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV)) an wassergefährdenden Stoffen gelagert werden. Aus diesem Grund sind keine besonderen Maßnahmen zur Löschwasserrückhaltung erforderlich.

3.4.3 Flächen für die Feuerwehr (Aufstell- und Bewegungsflächen)

Der § 6 der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) fordert für Gebäude die ganz oder in Teilen mehr als 50,00 m von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt liegen die Schaffung von Zu- und Durchfahrten. Außerdem sind Bewegungsflächen herzustellen, sofern diese aus Gründen des Feuerwehreinsatzes erforderlich sind. Da im zu bewertenden Fall in

* Die Umkreisregelung gilt nicht über unüberwindbare Hindernisse hinweg. Diese sind z.B. Bahntrassen oder mehrstreifige Schnellstraßen sowie große, lang gestreckte Gebäudekomplexe, die die tatsächliche Laufstrecke zur Löschleitungsverlegung gegenüber dem Umkreis um die Löschwasserentnahmestellen unverhältnismäßig verlängern.

Nähe der Zugangsbereiche Überflurhydranten für den Löschangriff der Feuerwehr vorgesehen sind, sind diese entsprechend mit Zufahrten und Aufstellflächen für Feuerwehrfahrzeuge auszustatten. Die Zufahrten und Aufstellflächen müssen für Feuerwehrfahrzeuge ausreichend befestigt und tragfähig sein. Sie sind als solche, entsprechend der DIN 4066 zu kennzeichnen und ständig freizuhalten. Die Kennzeichnung muss von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbar sein. Fahrzeuge dürfen auf den v. g. Flächen nicht abgestellt werden. Die Anordnung der Aufstellflächen auf dem Grundstück ist nach den Vorgaben der DIN 14090 zu gewährleisten und im Vorfeld mit der Feuerwehr Saarwellingen abzustimmen.

3.5 Abweichungen gem. § 68 Landesbauordnung für das Saarland (LBO)

3.5.1 Verzicht auf Brandfallsteuerung des Aufzuges

Gemäß Paragraf 20 Abs. 5 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung - VStättVO) müssen in Versammlungsstätten mit Versammlungsräumen von mehr als 1000 m² Grundfläche die Aufzüge mit einer Brandfallsteuerung ausgestattet sein. Die Brandfallsteuerung muss sicherstellen, dass die Aufzüge ein Geschoss mit Ausgang ins Freie oder das diese nächstgelegene nicht von der Brandmeldeanlage betroffene Geschoss unmittelbar anfahren und dort mit geöffneten Türen außer Betrieb gehen.

Der Aufzug wird ausschließlich vom geschulten Personal betrieben und dient hauptsächlich dem Lastentransport sowie dem barrierefreien Zugang der Umkleieräume. Er wird nicht von Besuchern oder Akteuren genutzt.

3.5.2 Unterschreitung der Abstandfläche gem. § 7 Abs. 3 LBO

Das Gebäude weist im Bereich der Achsen A-B / 1-2 (Erdgeschoss) zum Bestandsgebäude des Rathauses lediglich einen Abstand von ca. 3,85 m auf, was nicht den Forderungen der Bauordnung (5 m für Gebäude auf dem gleichen Grundstück) entspricht.

Die Wand (Achse B) wird ohne Öffnungen in Stahlbeton ausgeführt. Die Dachfläche in diesem Bereich wird von innen nach außen in feuerhemmend (F30) Konstruktion hergestellt, sodass die Schutzziele der Landesbauordnung für das Saarland (LBO) ausreichend gewürdigt sind.

4 Abschließende Bemerkung

4.1 Fazit

Soweit die vorgenannten brandschutztechnischen und sicherheitstechnischen Maßnahmen berücksichtigt und beim Bau und Betrieb der baulichen Anlage umgesetzt werden, bestehen aus brandschutztechnischer Sicht gegen den Bau und Betrieb dieses Vorhaben seitens des Unterzeichners keine Bedenken.

Anlagen:

Brandschutzpläne	Stand 18.09.2025	BS-EGA3Q-MK
	Stand 18.09.2025	BS-OGA3Q-MK
	Stand 18.09.2025	BS-DachA3Q-MK

5 Erklärung des Verfassers

Vorstehender Brandschutznachweis wurde nach bestem Wissen und Gewissen unter Zugrundelegung der anerkannten Regeln der Technik sowie der aufgeführten und dem Verfasser zugänglichen Literatur ohne Ansehen der Person des Auftraggebers angefertigt.

Reisbach, den 19.09.2025

AKo Brandschutz

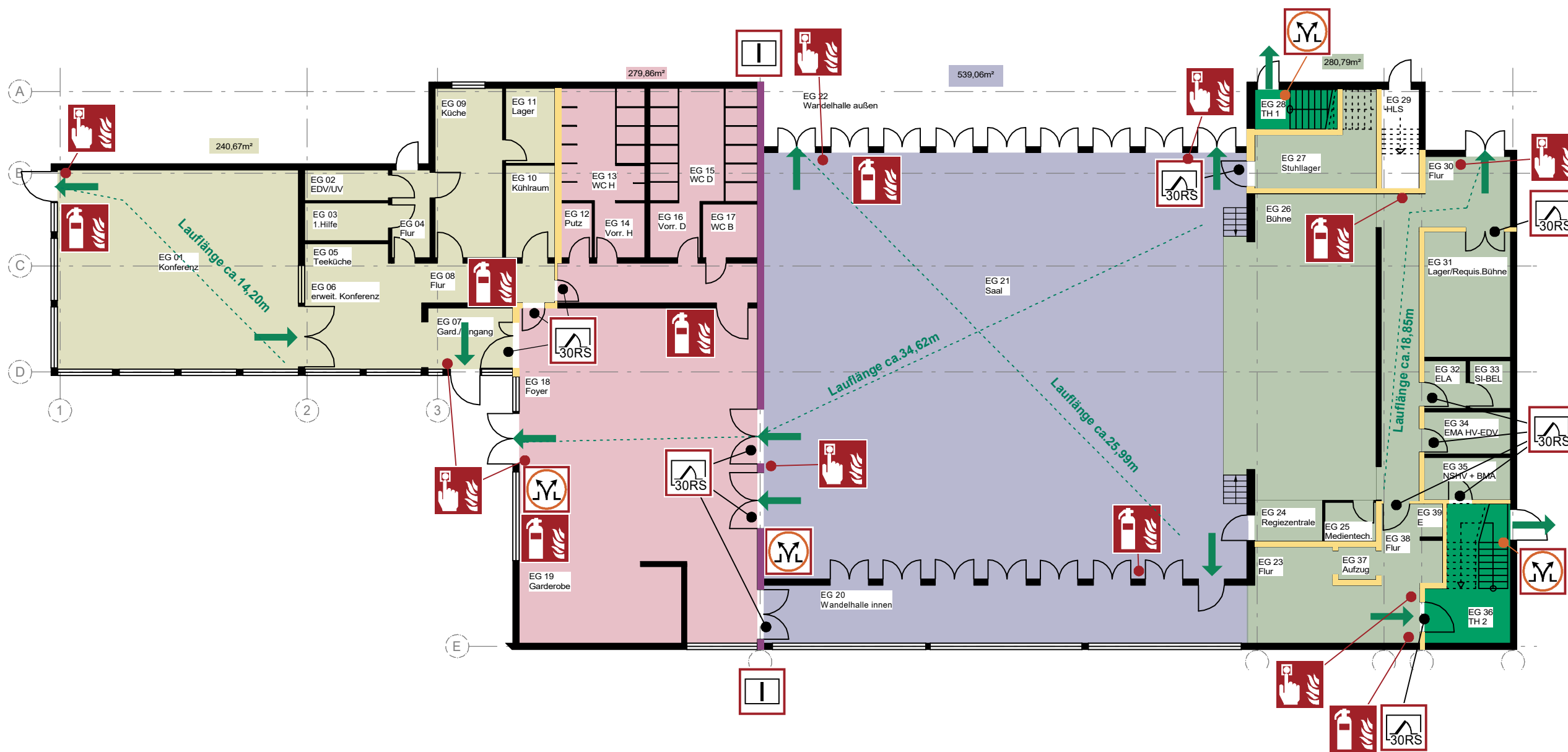
Management & Consulting GmbH

Alexander Kohl (M.Eng)

Brandschutzplan

Legende

- Brandwand
- Notwendige Treppe, notwendiger Treppenraum und zugehöriger Ausgang ins Freie
- Feuerhemmend
- Feuerlöscher
- Brandwand
- Feuerschutztür
- Feuerschutztür
- Feuerschutztür
- Rauch- und Wärmeabzugseinrichtung, Bedienstelle (orange)
- Rettungsweg
- Druckknopfmelder



PROJEKT: Festhalle Saarwellingen
Wilhelmstraße 1
66793 Saarwellingen

PLANINHALT: Erdgeschoss

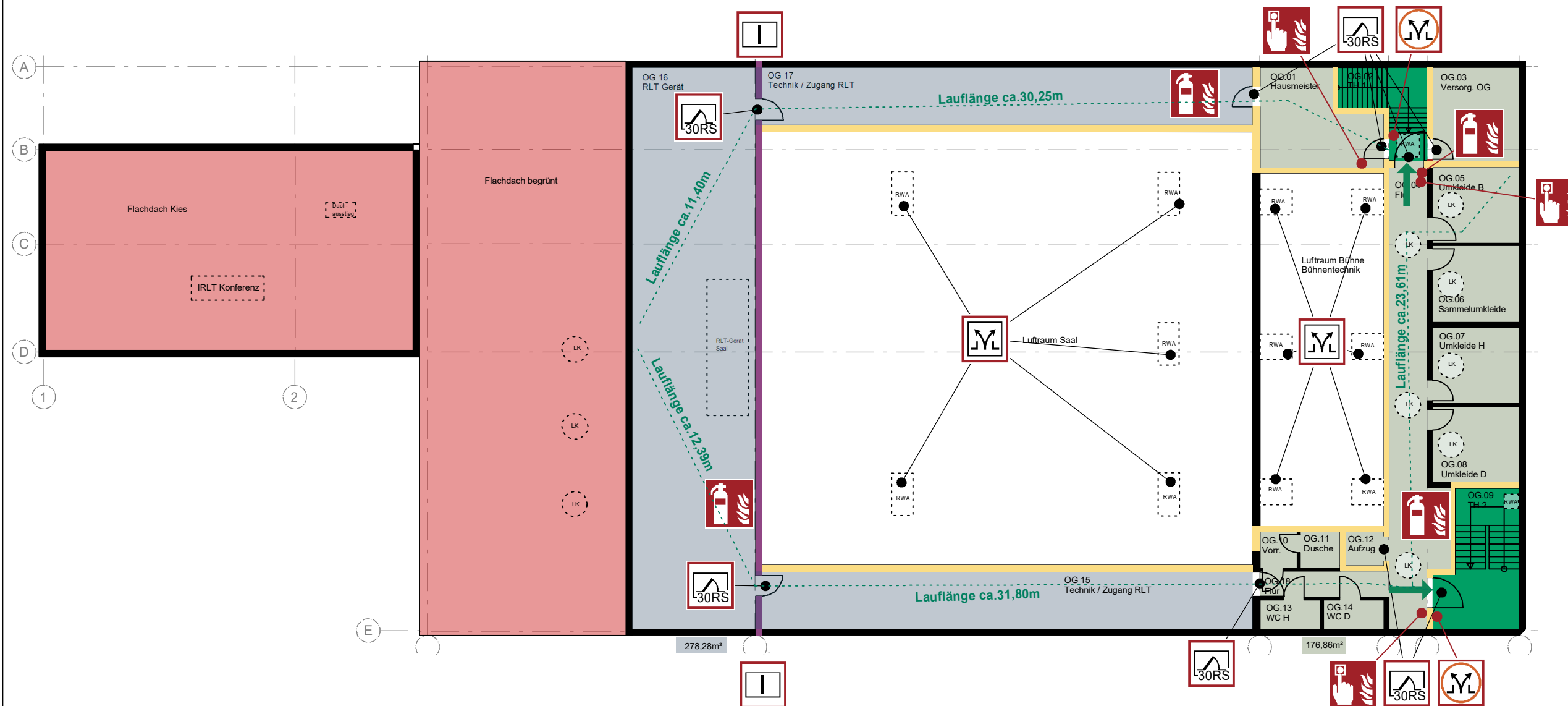
DATUM: 18.09.2025

PLAN-NR: BS-EGA3Q-MK











Eiweilerstraße 24
66793 Saarwellingen
Tel.: 06838-5153070
Fax: 06838-5153071

AKO
Architektur & Consulting GmbH

Brandschutzplan



Legende

-  Brandwand
-  Notwendige Treppe, notwendiger Treppenraum und zugehöriger Ausgang ins Freie
-  Feuerhemmend
-  Feuerlöscher
-  Brandwand
-  Feuerschutztür
-  Rauch- und Wärmeabzugseinrichtung
-  Rauch- und Wärmeabzugseinrichtung, Bedienstelle (orange)
-  Rettungsweg
-  Druckknopfmelder

PROJEKT: Festhalle Saarwellingen
Wilhelmstraße 1
66793 Saarwellingen

PLANINHALT: Obergeschoss






DATUM: 18.09.2025

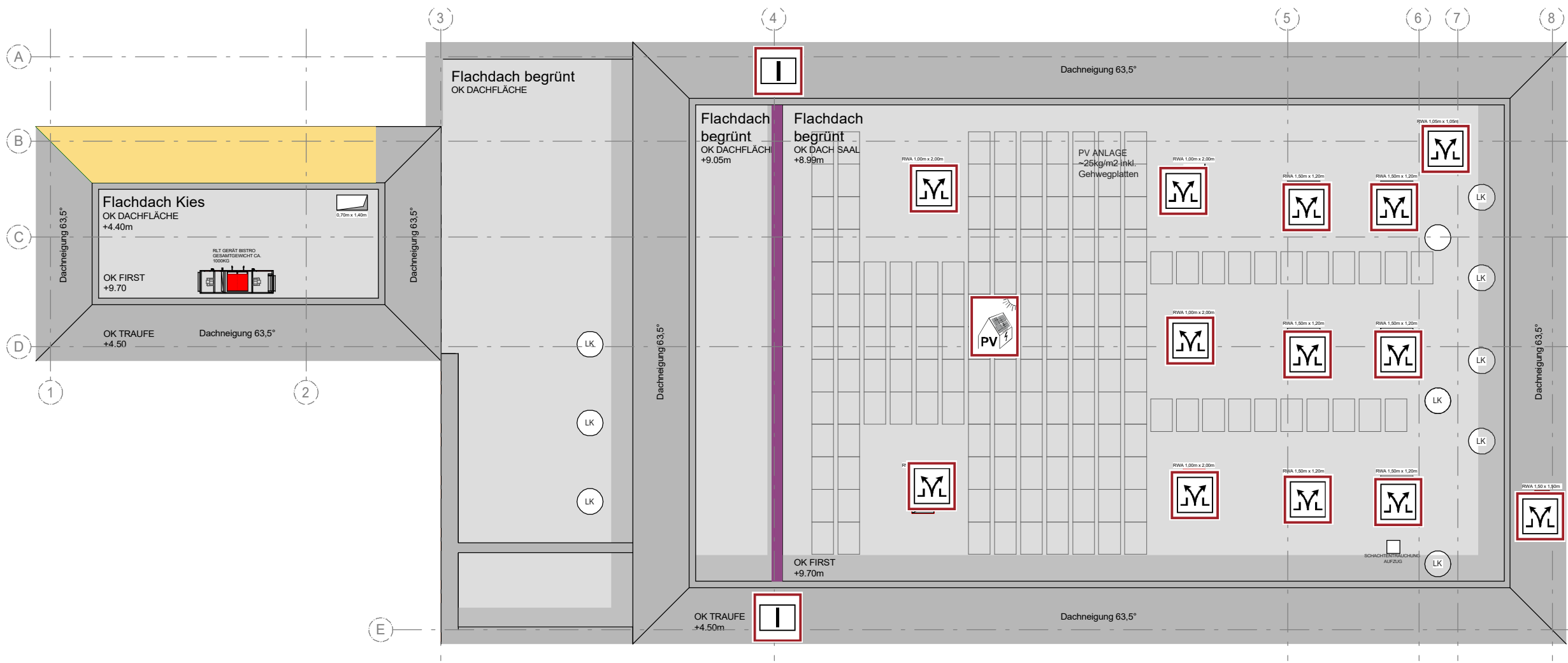
PLAN-NR: BS-OGA3Q-MK

 Eiweilerstraße 24
66793 Saarwellingen
Tel.: 06838-5153070
Fax: 06838-5153071

Brandschutzplan

Legende

-  Brandwand
-  Feuerhemmend
-  Brandwand
-  Rauch- und Wärmeabzugseinrichtung
-  Photovoltaik



Entwurf

PROJEKT:	Festhalle Saarwellingen Wilhelmstraße 1 66793 Saarwellingen
PLANINHALT:	Dachaufsicht
DATUM:	18.09.2025
PLAN-NR:	BS-DachA3Q-MK
	Eiweilerstraße 24 66793 Saarwellingen Tel.: 06838-5153070 Fax: 06838-5153071